

KLARTEXT

GUTE NACHRICHTEN FÜR SPEYER



Justiz: Sieg für Bürgermeisterin Monika Kabs

Für Bürgermeisterin Monika Kabs (CDU) ist klar: „In Speyer ist kein Platz für Hass und plumpe Parolen.“ Klare Kante, für die Kabs öffentlich einsteht.

Den Versuch eines Jugendstadtrat-Mitglieds, bei einem Dichterwettbewerb auf offener Postgalerie-Bühne fremdenfeindliche Texte vorzutragen, verurteilte sie scharf: Der Poetry Slam sei „als Plattform für eine öffentliche AfD-Provokation“ genutzt worden. Doch diese couragierte Haltung der Bürgermeisterin passte der AfD nicht – und klagte auf Unterlassung dieser Behauptungen.

Richter gaben Kabs Recht

Doch damit kamen die Populisten beim Oberverwaltungsgericht Koblenz nicht durch. Im Gegenteil: Kabs' Aussagen seien als „Werturteil“ gerechtfertigt. Tatsächlich habe es sich um eine „Provokation“ gehandelt, urteilte die Justiz.



Es geht voran. Die CDU fordert Wohnbebauung auch am Rabensteiner Weg und am Warturm.

2.200 Wohnungen für Speyer!

WOHNRAUMKONZEPT VON HANSJÖRG EGER KONSEQUENT FORTSETZEN

Speyer ist attraktiv. Als Wirtschaftsstandort, als Kulturstadt - und vor allem als Stadt zum Leben. Jedoch: Der Wohnraum in Speyer ist begehrt. Neue Flächen müssen her.

Denn was für die Stadtentwicklung eine schöne Sache ist, kann für (Neu-)Bürger zum Ärgernis werden: wenn das Angebot an bezahlbaren Immobilien die Nachfrage zunehmend übersteigt und sogar Normalverdiener gar das Gefühl bekommen, sich das Leben in der Stadt nicht mehr leisten zu können. Um diesem Trend entgegenzuwirken, entwickelte der frühere Oberbürgermeister

Hansjörg Eger (CDU) gemeinsam mit Stadtentwickler Bernd Reif ein Wohnungsmarktkonzept, das 2.200 neue Wohnungen bis zum Jahr 2030 vorsieht.

Der Stadtrat billigte dieses Konzept im November 2017 einstimmig.

Zuvor holte Eger das renommierte GEWOS-Institut aus

Hamburg in die Domstadt. Dessen Analyse ergab: Mehr als 50 Prozent der Mietwohnungen in Speyer gelten aus Expertensicht als günstig. Denn 8.350 Wohnungen in der Stadt

unterschreiten die Mietgrenzen für die volle Übernahme der Miete im Rahmen des Wohngelds. Und 2017 gab es 1.530 öffentlich geförderte Sozialwohnungen in Speyer.

Unter anderem erhöhte die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft GEWO zwischen 2012 und 2017 ihren Sozialwohnungsbestand um 74 Wohnungen. Die Spanne der Mieten bei der GEWO reicht von 4,20 bis 7,70 Euro je Quadratmeter.

Stadtrat mit
einstimmigem Votum

Weiter auf Seite 2

Mehr Betreuungs- plätze für Kinder

Fast 2500 Kitaplätze
stehen bereit

SEITE 6

Mehr Sicherheit für Bürger

CDU fordert
Sicherheitsoffensive

SEITE 7

Mehr Geld für Kultur und Sport

Sport- und Kulturförderung
steigt

SEITEN 7+8

**„2.200 Wohnungen für Speyer“
(Fortsetzung von Seite 1)**

Gleichzeitig kommen die Experten jedoch zum Ergebnis, dass Speyer bis zum Jahr 2030 rund 2.200 zusätzliche Wohnungen braucht. Zudem steigt mit der Zunahme älterer Menschen der Bedarf an altersgerechten und barrierearmen Wohnungen.

Exakt diesen Zukunftsprognosen folgt das Wohnungsmarktkonzept, das Eger im Dialog mit Verwaltung, gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, freien Immobilienanbietern und dem Stadtrat entwickelte und das die CDU im Stadtrat nun konsequent weiter verfolgt.

Ausgangspunkt ist zunächst eine Baulandstrategie. Denn Bauen braucht Grundstücke. Allein durch das Füllen von Baulücken lässt sich der Bedarf nicht decken.

Besonders geeignet schienen hier die Flächen der ehemaligen Kurpfalzkasernen. Nachdem die SPD-geführte Landesregierung dort allerdings einer der beiden Landes-Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge (EAE) einrichtete, blieb von den Flä-

chen nicht mehr so viel übrig wie ursprünglich erhofft. Immerhin: Die Stadt besitzt das Erstzugriffsrecht auf die nicht von der EAE belegten Flächen. Das bedeutet: 21.000 Quadratmeter stehen für den Wohnungsbau bereit. Zusammen mit landwirtschaftlich genutzten Flächen der Stadt in Richtung Otterstadt lassen sich so im Norden längerfristig noch viele Wohneinheiten für Ein- und Mehrfamilienhäuser schaffen.

Schnell wirksame Maßnahmen können dort greifen, wo die Infrastruktur bereits vorhanden ist – etwa auf ehemaligen Gewerbeflächen. Daher fordert die CDU beispielsweise sowohl eine Wohnbebauung auf dem Gelände der ehemaligen Fensterfabrik Häussler am Rabensteiner Weg wie auch auf dem Holzmann-Areal am Warturm.

Attraktiv vor allem für junge Familien dürfte das Projekt „Erschwingliches Wohnen am Mausbergweg“ sein. Hier beschloss der Stadtrat jeweils auf CDU-Initiative, Menschen, die

in Speyer leben oder arbeiten, erstmals im Rahmen eines „Einheimischen-Modells“ bei der Vergabe zu priorisieren. Zudem wird bei der Ausgabe von Erbbaurechten der Erbbauzins künftig um 40 Prozent auf drei Prozent des Grundstückswerts herabgesetzt.

„Da die EU solche Modelle nun rechtssicher ermöglicht, können wir damit auch in Speyer etwas für die Menschen von hier tun“, lobt CDU-Fraktionschef Axel Wilke und fordert: „Auch bei der Vergabe von Bauplätzen am Russenweiher – hier freut sich die CDU über neun städtische Bauplätze – sowie im ‚Pionier-Quartier‘ bei der Kaserne müssen wir diese Möglichkeit nutzen.“

Ein weiterer Bestandteil des Wohnungsmarktkonzepts sollen Gemeinschaftliche Wohnprojekte sein. Auf Initiative der CDU beschloss der Stadtrat im April 2018 eine Planungswerkstatt:

Für das Gelände des ehemaligen Sportplatzes der Normand-Kaserne soll ein Konzept für ein Gemeinschaftliches Bauprojekt, etwa als Genossenschaft, entstehen.



Landes-Erstaufnahmeeinrichtung: 10 Fakten statt Fake-News

10 Fakten über die Landes-Erstaufnahmeeinrichtung Speyer-Nord (EAE, früher: Aufnahmeeinrichtung für Asyl-begleitende, AfA):

1. Für die EAE in Anspruch genommene Fläche der ehemaligen Kurpfalzkasernen: 10,4 Hektar
2. Fläche der ehemaligen Kurpfalzkasernen, die die Stadt über ihr Erstzugriffsrecht erwerben kann: 13,5 Hektar
3. davon für den Wohnbau nutzbar: 2,1 Hektar
4. davon für Gewerbe nutzbar: 5,6 Hektar
5. Maximalbelegung im Normalbetrieb: 788 Personen
6. Maximalbelegung in Ausnahmesituationen (wie 2015): 1125 Personen
7. Tatsächliche Belegung zum 30.06.2018: 392 Personen
8. Tatsächliche Belegung zum 28.02.2019: 392 Personen
9. Flüchtlings-Minus für Speyer*: 90 pro Jahr
10. Zahl der Stadt in 2018 zugewiesenen Flüchtlinge: 18

Quelle: Stadt Speyer, ADD
*Aufgrund der EAE werden Speyer jährlich 90 Flüchtlinge weniger zugewiesen, als wenn es die EAE nicht gäbe.



Speyer-Nord bietet viel Platz für das neue „Pionier-Quartier“. Hier sind 21.000 Quadratmeter für Wohnraum nutzbar.

Klartext mit den Bürgern gesprochen

„SCHWARZ, STARK, CDU“: PARTEI LÄDT MIT NEUEM FORMAT ZUM DIALOG EIN



Zahlreiche Bürger nutzten die Gelegenheit, ihre Anliegen loszuwerden.

Bei strahlendem Sonnenschein auf der Maximilianstraße einen Kaffee oder Cappuccino trinken und dabei über Politik diskutieren: Dazu lud die CDU unter dem Motto „Schwarz, Stark, CDU“ im Oktober 2018 ein. Auftakt war in der Innenstadt, danach rollte die Bulli-Kaffeebar an drei weiteren Terminen zum Berliner Platz, vor das Mehrgenerationenhaus Weißdornweg und zum Platz der Stadt Ravenna.

Viele Bürgerinnen und Bürger nutzten die Gelegenheit, um mit der Partei ins Gespräch zu kommen und ihre Sorgen und Wünsche loszuwerden.

Viele gaben an, sich um ihre Rente, Pflege oder bezahlbaren Wohnraum Gedanken zu machen. Großen Zuspruch fand die vom früheren Oberbürgermeister Hansjörg Eger anvisierte Mehrzweckhalle in Speyer-Nord. Ein Thema das vielen Bürgern sprichwörtlich „stank“, war die Müllsituation in der Altstadt sowie verschmutzte Wege und noch immer fehlende Mülleimer für Hundekot-Tüten. Hier gab es auch Kritik am Ordnungsdezernat der Stadt. Ob die Landeseinrichtung für Flüchtlinge in Speyer-Nord, die Nahversorgung in Speyer-West oder die Verkehrssituation in Speyer-Süd: Die Stadträte hörten aufmerksam zu und verspra-

chen, die Themen im Stadtrat anzupacken.

Unzählige Fragen gab es zur geplanten Sperrung der für Speyer so wichtigen Salierbrücke. Viele schlossen sich der Forderung der CDU an, während der Bauzeit zumindest eine Fahrspur offen zu halten.

In einer Unterschriftenaktion hatte die Partei bereits seit März 2018 unter dem Motto „Ohne Brücke gehen wir baden“ auf der Straße, in Geschäften, Einrichtungen und im Internet um

Unterstützung geworben. Mit großem Erfolg: „Fast 3.500 Unterschriften sind ein deutliches Zeichen, wie vielen Menschen unserer Region die geplante Sperrung der Salierbrücke große Sorgen bereitet“, zeigt sich Parteivorsitzender Michael Wagner vom Ergebnis der Aktion beeindruckt. Auch wenn das Regierungspräsidium Karlsruhe das Votum der Speyerer am Ende nicht berücksichtigte: „Wer nichts unternimmt, hat schon verloren“, betonte Wagner das Selbstverständnis seiner Partei.

Salierbrücke: 3.500 Unterschriften



Unterschriften gesammelt: Die Sperrung der Salierbrücke bewegt viele Speyerer.

IMMER DIE BESTE WAHL!

WILHELMI'S BROT KORB
WIR HABEN DIE ÄHRE

Erfolgreich bei E-Mobilität

STADTWERKE BAUEN E-LADE- UND CARSHARING-STATIONEN AUS

Mit großer Mehrheit beschloss der Stadtrat 2010 das Konzept „Speyer 100 Prozent regenerativ“. Die Ziele: Energie sparen und 2030 nur noch so viel Strom regenerativ erzeugen, wie wir in Speyer brauchen.

darunter zwei Schnelllade- und zwei Carsharing-Stationen. Zudem gibt es am Domhof eine E-Bike-Station mit acht Ladepunkten.

„Wir unterstützen diese Strategie ausdrücklich“, so Stadtratsmitglied Hans-Peter Rottmann (CDU).

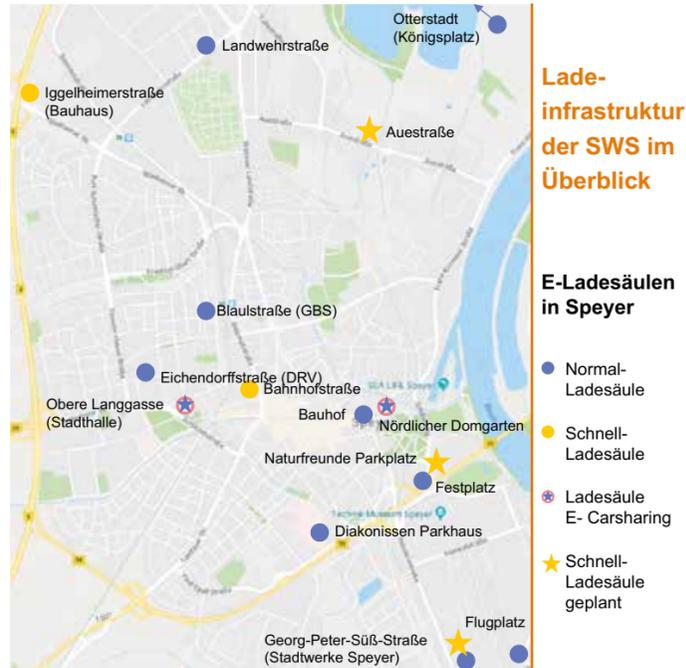
Doch auch die Stadtverwaltung müsse jetzt ihrer Verantwortung gerecht werden.

„Wir wollen, dass auch der städtische Fuhrpark das Carsharing sowie Elektrofahrzeuge nutzt und die Stadtbusse schnellstmöglich auf umweltfreundlichere Antriebe umstellen“, fordert Rottmann.

Das auf Antrag der CDU-Fraktion beschlossene Konzept setzt auch auf eine Senkung des CO₂- und Feinstaub-Ausstoßes.

Daher bauen die Stadtwerke Speyer (SWS) das Ladenetz für umweltfreundliche Elektrofahrzeuge konsequent aus. Mittlerweile betreiben sie 13 Ladestationen mit 21 Ladepunkten,

Ladesäulen quer durch das Stadtgebiet



Visionen für den Industrie-Hof

GEWERBEAREAL UND KREATIVER SCHMELZTIEGEL FÜR EXISTENZGRÜNDER UND ETABLIERTE



Einzigartigkeit schützen: Hansjörg Eger setzte eine Veränderungssperre durch.

Günstige Mieten, aber auch undichte Dächer und bröckelnde Fassaden. Der Charme eines in manchen Teilen langsam verfallenden Industriedenkmal und gleichzeitig ein Ort voller quirligem Leben – das ist der Industriedorf in der Franz-Kirmmeier-Straße anno 2019.

2018 brach hier ein neues Zeitalter an. Während viele Mieter die Meinung vertreten, dass es höchste Zeit sei, dass endlich etwas zum baulichen Erhalt und zur Sanierung des Areals geschehe, geht bei anderen die Angst vor Verdrängung durch zahlungskräftigere Mieter oder die Abrissbirne um.

Damit es soweit nicht kommt, beschloss auf Initiative von Alt-OB Hansjörg Eger der Stadtrat

sowohl die Aufstellung eines Bebauungsplans wie auch eine Veränderungssperre. Das Ziel: Der Charakter dieser einmaligen Gewerbeimmobilie zu bewahren.

Eine klare Zukunftsvision für den I-Hof, wie ihn die Speyerer liebevoll nennen, hat die CDU-Fraktionsvorsitzende Axel Wilke: „Er bietet, behutsam saniert, riesige Chancen für ein Gewerbeareal mit ganz besonderem Flair.“

Ein kreativer Schmelztiegel, in dem Existenzgründer und Etablierte nebeneinander arbeiten und wenn sie wollen, bei ihrem Arbeitsplatz wohnen können. All das lässt sich aber nicht gegen die Investoren realisieren, sondern nur im Dialog mit ihnen“, ist Wilke überzeugt und fordert:

„Das letzte Wort hat immer der Stadtrat.“

Gelände behutsam sanieren

IMPRESSUM

Herausgeber: CDU Kreisverband Neustadt/W., Hohenzollernstr. 18, 67433 Neustadt/Weinstraße

Verantwortlich: Michael Wagner
Texte: Frank Hoffmann, Sylvia Holzhäuser, Monika Kabs, Rosemarie Keller-Mehlem, Maria Montero-Muth, Hans-Peter Rottmann, Werner Schineller, Michael Wagner, Axel Wilke, Jörg Zehfuß, Chong Zhang, Marc de Zordo

Redaktion: Beate Klehr-Merkl, Axel S. Sonntag
Schlussredaktion: Axel S. Sonntag
Layout und Druck: Aviva Beisel GmbH, Speyer

Fotos: Pixabay, Adobe Stock, CDU und Privat
Bei unverlangt eingesandten Manuskripten keine Gewähr für Rücksendung. Sämtliche Artikel in dieser Veröffentlichung unterliegen dem Schutz des Urheberrechts.

Russenweiher braucht langfristige Lösung

CDU FORDERT FACHLICH FUNDIERTES SANIERUNGSKONZEPT



Der Russenweiher droht zu verlanden.

Sauerstoffmangel, Fischsterben und die drohende Verlandung bringen den Russenweiher im Neuland immer wieder in die Schlagzeilen.

Experten der Universität Koblenz-Landau untersuchten die Problematik in einer Studie. Diese zeigte: Es sind zu viele Nährstoffe im Wasser. Der „Verlandungsprozess“ sei nicht aufzuhalten, wohl aber zu verzögern. „Diese Feststellung der Studie sehen wir mit Sorge“, sagt Jörg Zehfuß, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Stadtratsfraktion. Geld in Maßnahmen zur Verzögerung zu investieren, sei zwar richtig. „Nachhaltiger wäre

es jedoch, Geld in eine dauerhafte Lösung des Grundproblems zu stecken, nämlich den zu hohen Nährstoffeintrag.“

Die jetzt angedachte Installation eines weiteren Wasserbelüfters setze nur an den Symptomen an. „Wir müssen Möglichkeiten prüfen, das Problem langfristig, etwa durch Beschränkung von Düngemitteln in der nahe gelegenen Landwirtschaft, zu lösen. Ebenso, den Phosphatgehalt des Seegrundschlammes durch geeignete Verfahren abzubauen.“ Zehfuß vermisst, das sich die Stadtverwal-

tung mit den Sanierungsansätzen der Anglerfreunde ernsthaft befasst und kritisiert: „Die Studie spricht nur dieselben, seit Jahren bekannten Vorschläge an.

Das ist nicht, was wir uns unter einem fachlich fundierten Sanierungskonzept vorstellen. Ein solches war aber das eigentliche Ziel der von der CDU initiierten Studie. Eine umfangreiche Anfrage an die Verwaltung soll jetzt mehr Klarheit schaffen. „Wir bleiben beim Russenweiher weiter hartnäckig am Ball“, so Zehfuß.

Schluss mit dem „Herum-Doktern“

Mehrweg statt Müllflut

STADTRAT BESCHLIESST EINSTIMMIG EINFÜHRUNG EINES MEHRWEGBECHERSYSTEMS

Jährlich verbrauchen wir knapp drei Milliarden Coffee-to-go-Einwegbecher und verursachen damit etwa 40.000 Tonnen Müll (Quelle: Deutsche Umwelthilfe). Mehr als 50.000 Becher waren es nach Schätzungen im vergangenen Jahr in Speyer. Folgen: Überfüllte Abfalleimer, verschmutzte Straßen und Mehrkosten bei der Stadtreinigung.

Grund genug für Sylvia Holzhäuser, Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes Speyer-West, über ein Mehrwegbecher-System für die Domstadt nachzudenken: „Da wir im Stadtteilverein bereits

das Klimaschutzprojekt ‚Klima West‘ entwickelten, stellte ich meine Idee im Verein sowie im Stadtteilbüro vor und fand spontan Unterstützung“, berichtet sie.

„In Speyer-West geben mehrere Bäckereien und Einkaufsmärkte Kaffee aus. Wenn sich hier künftig Mehrwegbecher durchsetzen, ist das ein nachhaltiger Beitrag zum Umweltschutz“, betont Holzhäuser.

Im November beschloss der Stadtrat einstimmig, das bereits in Mannheim etablierte System „Bleib Deinem Becher treu“ einzuführen. „Dieses ist deshalb



Mehrweg-Fan: Sylvia Holzhäuser.

so charmant, weil die teilnehmende Geschäfte den Becher zurücknehmen und dafür eine Pfandmarke ausgeben. Diese kann ich dann beim nächsten Kaffeegenuss für eine Befüllung im Mehrwegbecher eintauschen“, erläutert Holzhäuser.

Abwasser: Land soll Pilotprojekt starten

„Die Konzentrationen an Mikroverunreinigungen überschreiten in vielen Gewässern die gesetzlich vorgegebenen Umweltqualitätsnormen. Dies erfordert die Einführung weitergehender Abwasserbehandlungsverfahren – der vierten Reinigungsstufe – in kommunalen Kläranlagen“, heißt es in einer Studie des Umweltbundesamtes von 2015.

Die CDU will deshalb nun auch die Speyerer Kläranlage weiter aufrüsten. Initiatorin ist Ärztin und Stadträtin Maria Montero-Muth, die auf die zunehmenden Gefahren durch Medikamente und Hormone im Abwasser hinweist, mit Konsequenzen für Fische und andere Wasserlebewesen, aber auch für das Trinkwasser.

Schon länger setzt sich Montero-Muth dafür ein, durch Membranfilter, UV-Strahlung, Ozon und Aktivkohle Stoffe wie Mikroplastik, Nanoteilchen und Mikroschadstoffe aus dem Abwasser herauszufiltern.

Vierte Klärstufe als Standard Bei einem Besuch in Ulm hatte sich die CDU-Stadtratsfraktion über die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer solchen vierten Reinigungsstufe vor Ort informiert. In Deutschland wird diese zunehmend zum Thema, denn sauberes Wasser ist unser Lebensmittel Nummer Eins.

Das Ziel der CDU: Dass das Land in Speyer ein Pilotprojekt startet. Denn in Rheinland-Pfalz besteht Nachholbedarf. Baden-Württemberg etwa ist schon viel weiter.

Ein Kita-Platz für jedes Kind

BETREUUNGSANGEBOTE ENTLASTEN ELTERN

„Was die Bund-Länder-Ebene diskutiert, setzen wir in Speyer längst um. Unsere Stadt ist und bleibt Vorreiter beim Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten“, betont die Speyerer Familienbürgermeisterin Monika Kabs (CDU).



Betreuungsangebote setzen Maßstäbe - und entlasten Eltern

Eine familienfreundliche Stadt sei ihr eine Herzensangelegenheit. Dazu gehöre seit vielen Jahren der konsequente Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder. Mit hohem finanziellen Aufwand mache es die Stadt gemeinsam mit den freien Trägern möglich, dass sich eine berufliche Tätigkeit beider Elternteile oder Alleinerziehender mit einer guten Erziehung der Kinder vereinbaren lässt. Dieses attraktive Betreuungsangebot ist längst ein wesentlicher Grund, weshalb sich junge Familien für den Wohnsitz Speyer entscheiden.

Die Stadt hält bereits heute für jedes Kind von ein bis sechs Jahren einen Betreuungsplatz in einer Kindertagesstätte oder in

der Kindertagespflege vor. Die Fakten: 27 Speyerer Kindertagesstätten in freier sowie kommunaler Trägerschaft stellen 2.442 Kita-Plätze zur Verfügung. 50 Tagesmütter und -väter ergänzen dieses Angebot mit 180 flexiblen, passgenauen Plätzen für Kinder im Alter von 0 bis 14 Jahren.

Eine Spitzenstellung nimmt Speyer bei der Ganztagsbetreuung ein. Etwa die Hälfte aller Kita-Plätze stehen in dieser Form bereit. Auch an allen Grundschulen können Kinder

Kita- Ganztagsangebote nutzen. Gesunde Ernährung inklusive: Dafür sorgen die künftig flächendeckend eingerichteten Frischküchen.

In Zusammenarbeit mit dem Kinderschutzbund bietet die Stadt an zwei Samstagen im Monat kostenfreie professionelle Betreuung für Kinder alleinerziehender Mütter und Väter an. Dieser Wunsch vieler Eltern ist bereits in Speyer-Nord und -West Realität.

Viele Angebote also, von denen andere Kommunen nur träumen können!



Schwarz, Weiß, Jugendhaus

Jugendliche wollen Orte, in denen sie unter sich sein können. Sei es, um sich kreativ zu entfalten, als Veranstaltungsraum oder einfach nur zum „chillen“. Schon der erste Jugendstadtrat setzte 2010 dieses Thema auf seine Agenda. Jetzt endlich gibt es Fortschritte.

Die Übernahme des ehemaligen „Schwarz-Weiß-Heims“ bei der Walderholung durch den Jugendstadtrat ist nun ein Meilenstein. Im Mai 2017 beschloss der Stadtrat auf Initiative von CDU-Ratsfrau Angelika Wöhler einstimmig, das Haus zu sanieren und jungen Menschen zur Verfügung zu stellen.

Die Partei legte schon immer Wert auf einen „engen Draht“ zum Jugendstadtrat. Das zählt sich nun aus: Speyer verfügt 2019 nicht nur über angemessene Jugendräume, sondern gleich über ein ganzes Jugendhaus.

Sorgen der Bürger ernst nehmen

CDU FORDERT OFFENSIVE, UM SICHERHEITSEMPFINDEN IN DER STADT ZU STÄRKEN



Wie gefühlt sicher ist der Postplatz bei Nacht?

Speyer ist objektiv anhand der Statistiken eine relativ sichere Stadt, in der es keine auffälligen Kriminalitätshäufungen oder -schwerpunkte gibt. Verzeichnete die Statistik 2005 noch 119 Straftaten je 1.000 Einwohner, sank die Zahl 2016 auf 93. Allerdings: Die persönliche Wahrnehmung vieler Bürger ist eine andere.

Dies zeigt auch der offizielle Nachhaltigkeitsbericht der Stadt. Dort ist nachzulesen, dass 2012 12 Prozent der Bürgerinnen und Bürger dem Satz „In meinem Wohngebiet fühle ich mich sicher“ „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zustimmten. 2017 waren dies schon 17%. Und:

Nur noch 44% (statt zuvor 50%) stimmten ihm „voll und ganz“ zu.

„Zuletzt haben auch negative Schlagzeilen im Zusammenhang mit dem Postplatz bei vielen für ein unbestimmtes Gefühl gesorgt. Nachts könne man sich, vor allem als Frau, dort nur noch mit größter Vorsicht bewegen“, berichtet der Fraktionssprecher der CDU, Dr. Axel Wilke. Die Politik müsse diese Sorgen der Bürger ernst nehmen. Die CDU fordert deshalb deutlich mehr Einsatz und ein gemeinsames Vorgehen, damit Bürgerinnen und Bürger sich in ihrer Heimatstadt sicher fühlen.

Einen geeigneten Rahmen dafür soll der Kriminalpräventive Rat bilden, der vor vielen Jahren eingerichtet wurde.

Dort können Polizei und andere betroffene Institutionen gemeinsam analysieren, was für die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl in der Stadt getan werden kann und muss. Ganz wichtig dabei: Bürgerinnen und Bürger sollen sich in die Beratungen einbringen können.

Als ein Thema nennt der Fraktionschef den kommunalen Ordnungsdienst, für dessen Stärkung sich seine Fraktion seit mehreren Jahren einsetze. Er erinnert an entsprechende Initiativen im Zusammenhang mit der „Domgartenszene“ und dem Problem des „Komatrinkens“. Auch baulich gebe es sicher Veränderungs-möglichkeiten für ein besseres Sicherheitsgefühl. So forderte die Partei nach einem Vergewaltigungsversuch im Domgarten, die dortigen Wege in der Nacht besser zu beleuchten.

Handlungsbedarf für die Stadtverwaltung

Schulen: Große Fortschritte in Speyer

POLITIK UND SCHULELTERNBEIRÄTE IM ENGEN AUSTAUSCH



Bildunterschrift

Speyer genießt schon seit langem großes Ansehen als Schulstadt. Auch aus dem Umland pendeln täglich hunderte Schüler in die Domstadt.

Seit dem vergangenen Jahr ergänzt nun endlich ein Wirtschafts-

gymnasium (WG) die Bildungslandschaft in Speyer. Die CDU machte sich seit 2008 dafür stark. Im fünften Anlauf klappte es nun, zum kommenden Schuljahr startet das „WG“. Über die Kür darf eine Stadt aber auch nicht ihre Pflicht, den Unter-

halt und die Ausstattung der etablierten Schulgebäude und -anlagen, vergessen.

Dank Mitteln der Bundesregierung (Kommunales Investitionsprogramms 3.0) kann das notorisch schuldengeplagte Speyer nun lang Aufgeschobenes auf den Weg bringen. Wichtig war der CDU Speyer dabei der unmittelbare Austausch mit den Schulelternbeiräten, um herauszufinden, wo der Schuh besonders drückt. Die Ergebnisse dieses

Meinungsaustauschs sind mit eingeflossen in eine vom Stadtrat einstimmig beschlossene Projektliste – angefangen von der Erneuerung der Fachräume im Gymnasium am Kaiserdom bis zu den dringend notwendigen WC-Sanierungen an der Burgfeldschule, Siedlungs- und Zepelinschule sowie der IGS im Kolb-Schulzentrum.

Nun können auch endlich die Sportanlage der Siedlungsschulen saniert und modernisiert werden.

Schulen werden modernisiert

Wird in Speyer bald mehr geblitzt?

VOR- UND NACHTEILE KOMMUNALER VERKEHRSÜBERWACHUNG

Was tun gegen Raser z.B. in der Bahnhofstraße oder der Peteschengasse? Diskutiert wird, dass die Stadt selbst „blitzen“ könnte.

Viele ärgern sich mit Recht über lautes Motorgeheule und Raserrei, vor allem abends. Die Polizei kann dem nur bedingt Einhalt gebieten und verweist auf ihre Personalstärke. Es gibt Überlegungen, dass Speyer dem Beispiel Ludwigshafens folgen und Geschwindigkeitskontrollen an die Stadt übertragen könnte. „Klingt gut, ist aber leider nicht zu Ende gedacht“, kontert Frank

Hoffmann, stv. Kreisvorsitzender der CDU. „Das erfordert erhebliche finanzielle Investitionen in Technik und städtische Mitarbeiter. Und das in einer sehr angespannten Haushaltslage, die eine übergeordnete Stelle überwacht. Klar ist aber auch, dass wir dringend handeln müssen, bevor schlimme Unfälle passieren“, so Hoffmann.

Die Diskussion läuft: „Der Stadtrat muss die Verwaltung beauftragen die Schwerpunkte der Raserrei zu benennen, unter Beteiligung der Bürger. Dann folgt ein Konzept“. Klar ist aber

auch: Wenn die Stadt die Kontrolle übernimmt, muss mit massivem „Lasern“ gerechnet werden.



Neue Blitzer müssen sich rechnen.



Mehr Geld für den Sport

Die Mittel, die die Speyerer Sportvereine von der Stadt erhalten, müssen dringend steigen. Darin waren sich die CDU-Stadtratsfraktion, Sportkreisvorsitzender Alfred Zimmermann und Jürgen Kief, Vorsitzender des Stadtsportverbands und Vorstandsmitglied Nicolett Kief 2018 bei einem Gespräch einig.

Auflage des Kommunalen Entschuldungsfonds war, dass die Politik die Sportfördermittel vor mehreren Jahren kürzen musste. Bisher summierten sich die Grundförderung für alle sporttreibenden Vereine und die zusätzliche Unterstützung für die Vereine, die eigene Sportanlagen unterhalten (wie TSV Speyer, Tennisclubs, AV 03 oder Hockey-Club), auf 114.000 Euro.

„Einerseits sollen Vereine immer mehr Aufgaben übernehmen – etwa im sozialen Bereich, der Bildung, Jugendförderung oder Gesundheitsprävention. Dann brauchen sie aber dafür mehr Geld“, so Fraktionschef Axel Wilke.

Bereits in der Haushaltsdebatte 2017 hatte die CDU die Forderung der Vereine aufgegriffen und einen Erhöhungsantrag für das Folgejahr angekündigt. Für den Haushalt 2019 beschloss der Stadtrat nun auf Antrag der CDU, die allgemeinen Sportfördermittel zu erhöhen. Den Sportvereinen steht künftig insgesamt 200.000 Euro im Jahr zur Verfügung.

Bezirkstag: Wichtig für Speyer

SO PROFITIEREN WIR VOM „PARLAMENT DER PFALZ“



Stimme für Speyer: Monika Kabs kandidiert für den Bezirkstag.

Der Bezirkstag, das „Parlament der Pfalz“, wird am 26. Mai neu gewählt. Hier getroffene Entscheidungen der Politiker wirken sich auch auf Speyer aus.

Der Bezirkstag Pfalz besteht aus 29 Mitgliedern, die die Bürger alle fünf Jahre neu wählen. Die CDU stellt die stärkste Fraktion, die Speyerer Bürger-

meisterin Monika Kabs ist Fraktionsvorsitzende. Die nächste Wahl findet parallel zur Kommunal- und Europawahl am 26. Mai statt.

Der Bezirkstag ist das höchste Entscheidungsgremium des Bezirksverbands. Als kommunale Körperschaft umfasst er Land-

Speyer braucht den
Bezirkstag.

kreise und Städte der Region und ist Träger verschiedenster Einrichtungen. In Speyer ist dies beispielsweise das Historische Museum der Pfalz, das jährlich mit seinen Ausstellungen viele Menschen nach Speyer zieht.

Auch die Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt (LUFA) zählt dazu, ebenso wie die Tagesklinik für Erwachsene und die 2017 eröffnete Tagesklinik für Jugendliche. „Sie liegt mir als ehemalige Lehrerin besonders am Herzen“, betont

Kabs. „Ich habe es in meiner langjährigen Schulerfahrung immer wieder bedauert, dass die

Wege zu einer notwendigen Unterstützung häufig zu weit waren“, so Kabs. Damit ist jetzt zum Glück Schluss. Denn der Bezirkstag hat hier für Speyer einen echten Fortschritt ermöglicht.

„Kultur ist für alle da“

13.000 EURO MEHR: CDU WILL KULTUR NOCH MEHR MENSCHEN NÄHER BRINGEN

„Dass möglichst viele Menschen an Kunst und Kultur teilhaben können, ist ein grundlegender Baustein für den Zusammenhalt einer Gesellschaft“, ist Michael Wagner, Vorsitzender von Palatina Klassik und Kreisvorsitzender der CDU Speyer, überzeugt.

Daher soll es ab diesem Jahr auch in der Domstadt einen „Kulturpass“ geben. Damit können Menschen mit geringem Einkommen kostenlos Kulturveranstaltungen besuchen – und so am kulturellen und gesellschaftlichen Leben verstärkt teilhaben.

Bei dem Projekt „Kultur für alle“ geht es darum, vor allem Menschen für kulturelle Angebote zu begeistern, die bisher nur selten oder gar nicht davon



Kultur begeistert: Hier ein Konzert von Palatina Klassik.

Gebrauch machen konnten. „Kunst und Kultur soll allen Menschen offen stehen. Wir sehen darin einen wichtigen Beitrag, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken“, betont Wagner. „Speyer verfügt über eine attraktive

CDU will
Kulturszene stärken

Die wollen wir noch stärker voranbringen. Daher sind wir in unserer Haushaltsrede dafür eingetreten, die städtischen Kulturfördermittel für die kulturtreibenden Vereine um 13.000 Euro zu erhöhen“, erläutert der CDU-Chef.



Bald zum Bürgerbüro nach Ludwigshafen?

Kommentar zur Kommunalreform von Werner Schineller, Oberbürgermeister a.D.

Würden Sie gerne in Zukunft nach Ludwigshafen fahren, um bei der dortigen Kreisverwaltung Ihre Verwaltungsangelegenheiten zu erledigen? Ein solcher Gedanke ist für die Speyerer, die stolz auf die lange Geschichte ihrer Stadt und deren Kreisfreiheit seit 1923 sind, nur schwer erträglich.

Dass die Bürger die Inhalte des neuen Gutachtens zur Verwaltungsreform, das die Landesregierung in Auftrag gab, aus den Medien erfahren, ist kein guter Stil. Im Gespräch ist, Speyer als kreisangehörige Stadt dem Landkreis Rheinpfalz zuzuschlagen.

Dabei ist doch das eigentliche Problem, dass sich unter denen am stärksten verschuldeten Kommunen Deutschlands viele aus Rheinland-Pfalz befinden. Das aber wird sich auch nicht durch die Überlegungen der Gutachter zur zweiten Stufe der Kommunalreform beseitigen lassen!

Die Bindung der Bürger an ihre Stadt ist stärker, als manche Politiker glauben. Gott sei Dank ist noch nichts entschieden – hier sollten alle Parteien im Kommunalwahlkampf deutlich machen, was ihre Position in dieser Frage ist. Und an die Bürgerinnen und Bürger kann ich nur appellieren, mit einem klaren Votum dafür zu sorgen, dass Speyer kreisfrei bleibt.